



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 24.12.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die DVR und die LVR sehen keine Notwendigkeit die Verlängerung der Gültigkeit des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen in das Jahr 2016 hinein zu formalisieren. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Es gab keine Wahlen. Entsprechend hat sich die ganze Situation so entwickelt, dass wir keine andere Variante hatten außer auf 2016 zu verschieben. Entsprechend sehen wir keine Notwendigkeit, die Verlängerung in das Jahr 2016 durch ein zusätzliches Dokument zu formalisieren“, gibt die russische Agentur TASS die Worte Puschilins wieder.

Dan-news.info: Die DVR und die LVR sind im Ganzen mit dem von der OSZE verwendeten Mechanismus der Verifikation des Abzugs von Waffen von der Kontaktlinie im Donbass zufrieden. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Die Verifikation stellt uns im Ganzen zufrieden“, zitiert die russische Agentur TASS die Worte des Sprechers. „Aber es ist natürlich nötig einige Momente zu verbessern. Die Anwesenheit einer großen Zahl von Vertretern der OSZE gerade in der „grauen“ Zone, der Pufferzone, um keine Beschüsse zuzulassen, um das Monitoring des Abzugs bzw. Nichtabzugs sorgfältiger durchzuführen“.

Puschilin nannte die Wichtigkeit der Einrichtung von Videoüberwachungskameras der OSZE an den Spannungspunkten, einschließlich der Gebiete des Flughafens, von Schirokino und anderen.

Dan-news.info: Das Gesetz über eine Amnestie, das von der ukrainischen Obersten Rada angenommen wurde, ist nicht vollwertig und muss durch eine andere Regelung ersetzt werden. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

„In diesem Gesetz existiert ein sehr ernsthafter Haken. Unsere politischen Gefangenen werden strafrechtlichen Vorwürfe ausgesetzt und auf diese Weise fallen sie nicht unter dieses Gesetz, das übrigens auch nicht in Kraft getreten ist. Im Grunde ist es nicht vollwertig. Es ist auch weder vom Sprecher der Rada noch vom Präsidenten der Ukraine unterschrieben“, zitiert die russische Agentur TASS die Worte Puschilins.

Der Leiter der Delegation der DVR unterstrich, dass es „notwendig ist, ein vollständig neues Gesetz anzunehmen, dass die Verfolgung von Teilnehmern am Konflikt im Donbass nicht zulässt“.